

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Nicht das Virus, sondern Bern!

2

Hooligans und Chaoten stoppen

3

Josef Munzinger: Kämpfer für die Schweiz

14



Verursacher der Krise

Nicht das Virus, sondern Bern!

von Henrique Schneider, stv. Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes

Der Bundesrat rennt der Chimäre der totalen Sicherheit nach. Dafür setzt er die Wirtschaftsfreiheit ausser Kraft. Wer dafür bezahlt? Die ganze Gesellschaft.



Seit Mitte Januar befinden sich weite Teile der Schweizer Wirtschaft im Stillstand (Neudeutsch «Lockdown»). Angefangen hatten die erneuten Schliessungen von Restaurants, Veranstaltungen und Sporteinrichtungen bereits im Dezember 2020. Im Januar erweiterte der Bundesrat das Berufs- und Wirtschaftsverbot.

Diesen Schritt begründete die Regierung damit, «Szenarien für die künftige Entwicklung» als neue Basis für ihre Entscheide genommen zu haben. Mit anderen Worten: Der Bundesrat verliess den Boden der Evidenz-basierten Instrumente und begab sich in die wolkige Spekulation über was, passieren könnte. Seither greift das Exekutivgremium nach der «höchstmöglichen Sicherheit».

Unabsehbare Kosten

Was der Bundesrat anscheinend nicht wahrhaben will: Sein neuer Kurs kostet. Er kostet überproportional mehr als eine auf Fakten basierende Politik. Denn Daten des Internationalen Währungsfonds IWF legen nahe: Je strikter die epidemiologischen Massnahmen, desto überproportional stärker wirken sie sich auf die Wirtschaft aus. «Wirtschaft» bedeutet dabei: Arbeitgebende und Arbeitnehmende und damit die ganze Gesellschaft.

Für das erste Halbjahr 2020 hat der IWF Daten zur Intensität der staatlichen Interventionen und zum Ver-

lust der Wertschöpfung ausgewertet. Die Intensität wird mit einem Indikatoren-Index, der an der Universität Oxford entwickelt wurde, gemessen. Als soziale Kosten gelten die Rückgänge der Wertschöpfung, also des Bruttoinlandprodukts. Eine einfache Regression dieser Daten zeigt dabei eindrücklich, wie die Kostentreiber funktionieren: Eine Verdoppelung der Intensität der gesundheitspolitischen Massnahmen führt zu einer Verdreifachung ihrer sozialen Kosten. Werden die gesundheitspolitischen Massnahmen um ein Dreifaches intensiviert, fallen ihre Kosten sechsmal höher aus. Das ist eine deutliche Progression.

Prinzipien über Bord geworfen

Das Interessante ist dabei: Im Datensatz des IWF befinden sich 52 Länder. Die Schweiz gehörte im ersten Halbjahr 2020 zu jenem Drittel mit den am wenigsten intensiven Massnahmen. Die sozialen Kosten fielen hier entsprechend proportional zu dieser Intensität aus.

Diese Situation dauerte bis zum November 2020 an. Sie war die Frucht einer ausgewogenen und Evidenz-basierten Politik. Weil der Bundesrat diese Prinzipien dann über Bord geworfen und sich nur noch für seine Szenarien zur Zukunft interessiert hat, wird die Schweiz ziemlich sicher die Gruppe der Länder mit verhältnismässiger Intensität verlassen und sich in die Kostenprogression begeben. Was im Jahr 2020 nach einer glimpflichen Rezession aussah, kann im Jahr 2021 schon als Krise gelten. Dabei ist der Verursacher der Krise nicht ein Virus, sondern die Landesregierung selbst.

Direkte Auswirkungen

Das sind mehr als makroökonomische Zahlenspiele. Die Lockdown-Entscheide wirken sich direkt auf Menschen aus. Eindrücklich belegen dies Statements wie: «Ich bin Angela, Inhaberin von (...). Seit dem 11. Mai 2020 arbeite ich mit dem Schutzkonzept vom Berufsverband für Gesundheit und Bewegung. Ich hatte noch keinen Fall im Studio. Mit den verschärften Massnahmen musste ich mein Studio schliessen. Meine ganze Existenz steht auf dem Spiel.» Oder: «Ich heisse Julia, bin Mutter von zwei Kindern und selbständig. Mit den neuen Massnahmen und Einschränkungen bringt der Bundesrat meine Lebensexistenz in Gefahr und zerstört meine berufliche Zukunft!»

So viel zur bundesrätlichen «grösstmöglichen» Sicherheit.

Henrique Schneider



Geschenkgutscheine
à Fr. 250.- mit Fr. 50.- Rabatt

Sind auch gültig für Spezial-Angebote

Kopiererpapier
Sensationelle
Fr. 3.90

500 Blatt, exkl. MwSt.+ Versand bar (10 P. = 10.-)

OCotex AG – 041 799 50 00



Mehr Sicherheit dank dem Verhüllungsverbot

Hooligans und linke Chaoten stoppen

von Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bärswil BE

Die Volksinitiative «JA zum Verhüllungsverbot», über die wir dieses Wochenende abstimmen, richtet sich ausdrücklich auch gegen Verhüllungen aus kriminellen und vandalistischen Motiven. Die Initiative sagt vermummten Chaoten, Hooligans und Extremisten den Kampf an und schafft mehr Sicherheit.



Rund zwei Drittel der Schweizer Kantone kennen ein Vermummungsverbot. Diese bestehenden Verbote werden allerdings nur punktuell umgesetzt, und sie beziehen sich lediglich auf Veranstaltungen, die bewilligungspflichtig sind und ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis aufweisen – wie politische Versammlungen, Demonstrationen oder Sportanlässe. Leider werden die bestehenden Vermummungsverbote längst nicht überall konsequent angewandt, zum Beispiel in Bern (Reithalle-Umfeld) und Zürich (Hausbesetzerszene). Die Gründe dafür sind oftmals politisch-ideologischer Natur.

Konsequent gegen vermummte Straftäter vorgehen

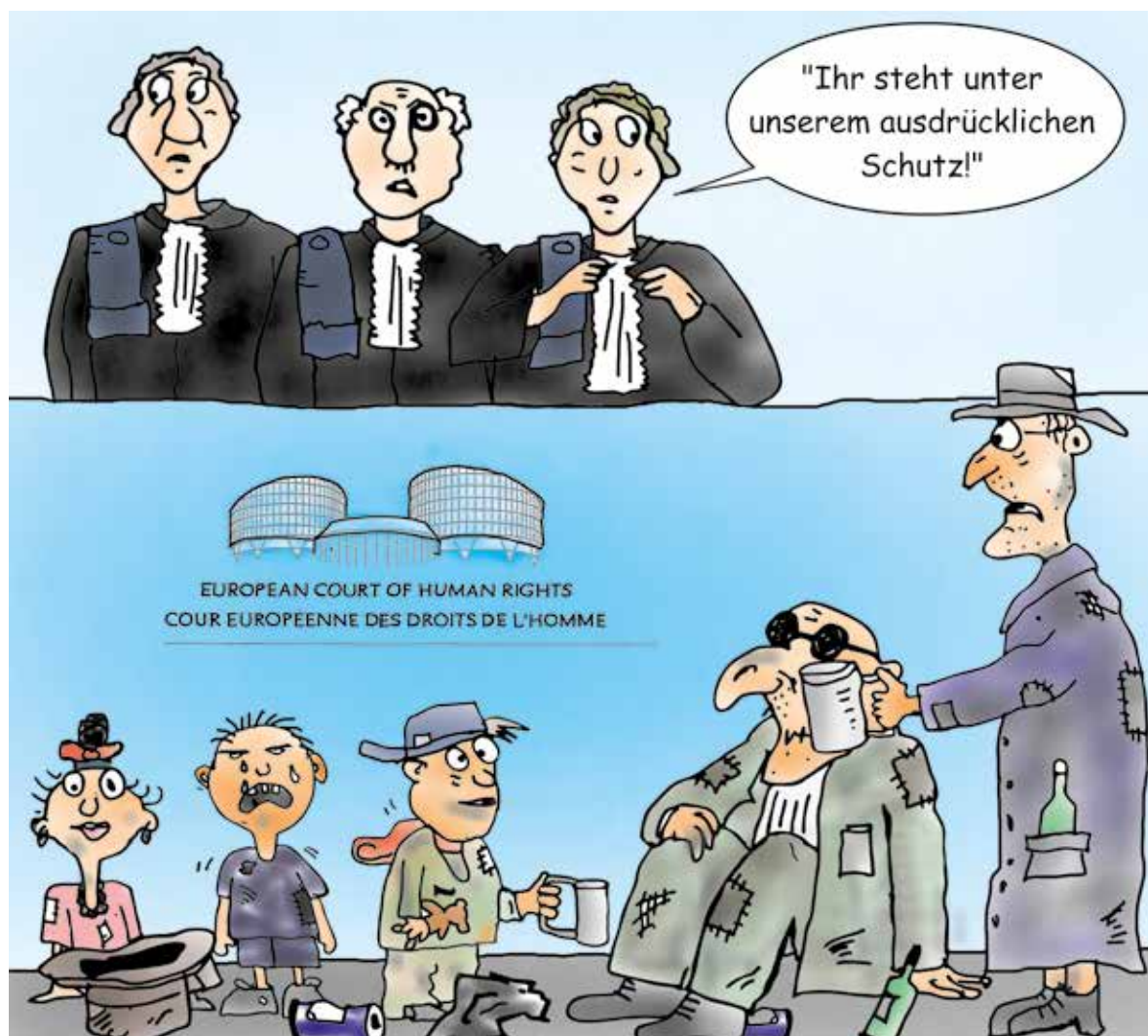
Die Initiative schafft hier Abhilfe, indem sie ein landesweit gültiges Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum verlangt und dies in der Bundesverfassung fest schreibt. Damit wird der Polizei der Rücken gestärkt, indem diese in allen Kantonen dazu legitimiert und verpflichtet wird, gegen vermummte Straftäter und Chaoten konsequent vorzugehen. Dann ist es nicht mehr möglich, dass Vermummte, die an Demonstrationen straffällig werden, aus politischen Gründen mit Samthandschuhen angefasst werden.

Die kantonalen Polizeikörper üben ihre Arbeit gewissenhaft und professionell aus. Doch was nützen Si-

Fortsetzung auf Seite 5

Eigentlich ist Kinderarbeit verboten – nicht aber für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

cherheitsaufgebote und Überwachungskameras, wenn sich die Täter unter dem Schutz von Kapuzen, Mützen und Masken ungestraft aus der Verantwortung stehlen können? Wer sich bei Scharmützeln verummmt, verfolgt keine guten Absichten und gehört bereits für die Vermummung bestraft.

Masken zum Schutz der Gesundheit bleiben erlaubt

Selbstverständlich befinden wir uns wegen der Covid-19-Krise in einer Ausnahmesituation, aufgrund derer wir uns alle daran gewöhnt haben, an vielen Orten eine Gesichtsmaske tragen zu müssen. Die Initiative, die Massnahmen zum Schutz der Gesundheit ausdrücklich vom Verhüllungsverbot ausnimmt, will endlich Rechtssicherheit schaffen. Deshalb steht die zeitlich begrenzte, Corona-bedingte Maskenpflicht nicht im Widerspruch zur Verhüllungsverbot-Initiative.

Schluss mit den Saubannerzügen

Demonstrieren ist das gute Recht eines jeden Bürgers. Wer ehrenhafte Anliegen vertritt, steht dabei zu seiner Meinung und zeigt sein Gesicht. Nur wer Böses vorhat, muss sich hinter Kapuzen und Sturmhauben verstecken. Deshalb sagen wir: Schluss mit Saubannerzügen vermummter Vandalen zum Beispiel im Gefolge der 1. Mai-Umzüge! Schluss mit vermummten Steinewerfern bei «antifaschistischen Abendspaziergängen!» Schluss mit vermummten Hooligans, die im Umfeld von Sportanlässen marodieren! Und Schluss mit Chaoten, die aus Lust an Zerstörung und Gewalt ihr Gesicht vermummen, damit sie unerkant Menschen angreifen und Schäden in Millionenhöhe anrichten können.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, der Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zuzustimmen.

Andrea Geissbühler

«Das aktuelle Zitat»

«Es gab eine Zeit, in der sich Medienschaffende noch nicht als Transmissionsriemen der Exekutive verstanden haben.»

Junge Freiheit, Berlin, 19.2.2021

Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Geldgier



Bundesverfassung und Epidemien-Gesetz bestimmen die Rechtslage: In einer Krise darf sich der Bundesrat ausserordentliche Kompetenzen selbst einräumen. Fachberatung ist dabei selbstverständlich erlaubt. Wer dazu berufen wird, hat aber ausschliesslich zu beraten: Für und Wider von in Erwägung gezogenen Massnahmen sorgfältig einzuschätzen – auf dass der Bundesrat entscheiden und Beschlossenes durchsetzen kann.

Die ganze Schweiz sah in der «Task force des Bundes» ein solches Beratungsorgan. Doch heute erfährt man: Das Anhängsel «des Bundes» ist falsch. Das Gremium hat sich selbst gebildet, seine Zusammensetzung allein festgelegt. Bundesrat Berset wurde bloss nachträglich orientiert. Er, Chef des Gesundheitswesens im Ausnahmezustand, nahm alles hin. Nie erteilte der Bundesrat diesem Gremium verbindliche Direktiven – was in der Krisenlage unabdingbar gewesen wäre.

Heute erfährt man: Das Gremium kam oft zusammen – protokollierte aber nichts. Es gibt nichts Schriftliches über Beschlüsse. Die Mitglieder diskutierten bloss. Danach rannten einige an die Medien und verzapften dort, was ihnen passte. Das bewirkte Widersprüche, Verwirrung. Polemik gegen den Bundesrat versprach Schlagzeilen und Fernsehauftritte. Der Bundesrat liess alles geschehen – seine in der Krise alleinige Regierungskompetenz vergessend.

Zwei Parlamentskommissionen verlangen jetzt rasche und vollständige Beseitigung des von der Task force skandalös missbrauchten Ausnahmezustands, der für tausende KMU-Betriebe immer existenzgefährdender wird. Doch die Medien fallen einer Meute gleich über die Parlamentarier her: Sie würden «den Aufstand proben» und «Maulkörbe verteilen». Kennen diese Medien unsere Verfassung, die elementaren Regeln der Demokratie nicht? Wollen sie die KMU-Wirtschaft vernichten?

Nein: Die grossen Verlage wollen von Bundesbern Subventionsmillionen ergattern. Ihr Eintopf lässt sich kaum mehr verkaufen. Steuerzahler sollen die Löcher füllen, die verlorene Abonnenten und Inserenten zurücklassen. Wer nach Subventionen hechelt, der schmeichelt Bundesbern. Er unterlässt jegliche Kritik – haut aber besinnungslos auf jene ein, die Fehlleistungen kritisieren und den Regeln der Demokratie wieder Nachachtung verschaffen wollen. Der «Bannwald der Demokratie», wie sich die Schweizer Medien während Jahrzehnten selbst etikettierten, scheint abgeholt. Subventionierte Hofberichterstattung bleibt übrig.

Ulrich Schlüer

Spalte rechts



Das Büro Ha deckt auf!



Nicht mehr bei Sinnen ...

Das neueste Skandalurteil des Bundesgerichts (BG). Ein 48-jähriger Mazedonier, nennen wir ihn Mazi Ganovi, hat eine Schweizerin geheiratet und dadurch die Niederlassung erhalten. Bei der Einwohnerkontrolle und allen weiteren Behörden hat er «vergessen», die Existenz einer Zweitfamilie in Mazedonien anzugeben. Trotzdem darf er in der Schweiz bleiben. Mazi Ganovi war zuerst als Saisonnier eingereist. Im Jahr 2000 hat er eine Schweizerin (Greti Naivi) geheiratet. Deshalb erhielt er die Aufenthaltsbewilligung und ab 2007 die Niederlassungsbewilligung.

Schon ein Jahr später gab es «Personalwechsel», und 2011 wurde die Ehe geschieden. 2012 heiratete Mazi Ganovi in seiner Heimat eine Landsfrau, mit der er bereits zwei Kinder aus früheren Jahren hatte. Und ja – Sie ahnen es: Jetzt beantragte er den Familiennachzug in die Schweiz. Da die Kinder aber schon 11 und 12 Jahre alt waren, lehnte die Walliser Justiz das Gesuch ab und entzog die Niederlassungsbewilligung – wegen Verschweigens der Existenz einer früheren Ehe samt Kindern. Laut Ausländergesetz (AuG) kann die Niederlassungsbewilligung entzogen werden, wenn der Betreffende «im Bewilligungsverfahren wesentliche Tatsachen verschwiegen hat». Das trifft hier zu.

Das BG «präzisierte» nun, dass man diese Bestimmung nicht «allzu streng» zu verstehen habe. Hier die entscheidende «Rechtsbegründung»: «Ohne eine entsprechende Frage der Behörden stellt das blosses Verschweigen keinen Grund dar, die Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung zu entziehen.» Die Schweizer Behörden müssen also irgendwo in den Pampas Nachforschungen betreiben ... Weltfremder geht's nimmer.

Fazit: Mazi Ganovi muss die Schweiz nicht verlassen, obwohl er jahrelang mit seiner jetzigen (zweiten) Ehefrau in Mazedonien eine Beziehung gepflegt und zahlreiche Reisen dorthin unternommen hat. Die zuständigen Bundesrichter halten es für unverhältnismässig, den Mann nach so vielen Jahren abzuschicken.

Kleine Randnotiz: Wollen wir noch die Frage stellen nach den zu Unrecht bezogenen Kinderzulagen? Es hat keinen

LACHEN VERBOTEN!



De Hansli froget de Vatter: «Du Vatter, wa isch en Tschäntlimänn?» Do säät de Vatter: «Da isch en Latschi!» Do goht de Hansli zur Mueter und frogt au si: Du Mueter, was isch en Tschäntlimänn? Da säät d'Mueter: «Los Hansli, wenn du jetzt sTüechli nimmsch und mir bim Abtröchne hilfsch, dänn bisch en Tschäntlimänn.» «Dänn hät de Vatter also doch rächt gha», mäant de Hansli.

Sinn. Dann – selbstverständlich – Anwalt unentgeltlich. Der Steuerzahler zahlt die Gerichtskosten durch alle Instanzen. Und mit Erreichen des Rentenalters haut er sowieso ab. Also nie eine Rückerstattung. Sind die Richter noch von dieser Welt?

*

Natürlich, es ist jedermann/frau freigestellt, mit welcher Unternehmung er/sie Geld garnieren will. Da gibt es also im Lande der Ahnungslosen (leider im Aargau) einen tollen Schuppen mit dem Namen «weltweit essen», siehe Internet. Es werden Kurse in echt marokkanischer Küche und dergleichen angeboten, oder für einen schlappen Hunderter kann man Eritrea-Mampf zu sich nehmen.

Derweil weiss praktisch niemand mehr, was «Chesse-liffleisch» ist. Die Klasse der werktätigen Küchenbul-len stellen «vörläufig» (sprich dauerhaft) aufgenommene Asylanten. Und die Klasse der SUV-fahrenden Feudalherrscher und Abgarnierer stellen grüne Rentenbezüger*Innen im zarten Alter von knapp über 50. Andern Pensionisten hat man das Teilzeitarbeiten in den ersten drei Jahren der Rente verboten. Ja, richtig, bei Ex-Regierungsrätin Hochuli (Grüne) ist das. Geld ist farblos und stinkt nie.

Tis Hagmann, Schöftland AG

Masseneinwanderung trotz Lockdown

Zuwanderung 2020 – zweimal die Bevölkerung der Stadt Thun
Netto 43'402 EU-Personen! – alles Corona-Fachkräfte?

	Zuwanderung	Auswanderung	Netto-Zuwanderung
Total	136'962	70'270	66'692
aus EU/EFTA/UK	98'043	54'529	43'514
aus EU-27	97'697	54'295	43'402
aus Drittstaaten	38'919	15'741	23'178

Quelle: SEM

Während 2020 das Leben in der ganzen Schweiz drastisch eingeschränkt war, zogen so viele Menschen ins Land wie seit Jahren nicht mehr. Die Zuwanderung hat sich von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt.

Unser Richter beim EGMR

Der Zünd-ler

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Andreas Zünd, ein umstrittener linker Bundesrichter, wurde an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gewählt. Zünd gilt als Anti-SVP-Richter – ist aber für Überraschungen gut.



Februar 2020 vor Bundesgericht. Linke Richter – allerdings dem angeblichen SVP-Richter Donzallaz – wollen einem Ehepaar aus Kosovo beim Familiennachzug helfen; dass sie dabei das Gesetz beugen, ist ihnen egal. Der CVP-Richter, ebenso der SVP-Mann Seiler, halten dagegen. Es gehe nicht an, das

Gesetz zu beugen und die «Rechtslage den eigenen Ansichten anzunähern». Die grüne Richterin will das nicht hören, sie fordert lauthals, der CVP-Mann sei zum Schweigen zu bringen. Zusammen mit SP-Richter Andreas Zünd und Donzallaz stimmt sie für die Gesetzesbeugung.

Höchster Richter ein SP-Hardliner

Der beteiligte Andreas Zünd von der SP wurde Anfang 2021 als Richter an den EGMR gewählt. Der Zünd-ler ist umstritten. Sogar Bundesrichterkollegen werfen ihm vor, seine Rechtsprechung sei aktivistisch und politisch motiviert. Im Oktober 2012 verhinderte er beispielsweise die Ausschaffung eines Drogenhändlers aus Mazedonien und erklärte gleich noch, dass die Europäische Konvention für Menschenrechte (EMRK) der Bundesverfassung grundsätzlich vorgehe. Später räumte die Zweite Abteilung, in der der SP-Hardliner amtiert, auch dem Freizügigkeitsabkommen Vorrang vor Bundesgesetzen ein. Im Juli 2019 stimmte sie zudem der Lieferung von rund 45'000 UBS-Kundendaten an die französischen Steuerbehörden zu.

Ein SVP-Schaf im SP-Pelz?

Der linke Zünd kann aber auch anders. In einem kürzlich erschienenen Interview schoss unser höchster Richter gegen das Rahmenabkommen. Die Auslegung des europäischen Rechts durch den Europäischen Ge-

richtshof (EuGH) sei auch für das Bundesgericht verbindlich. Das sei ein sehr einseitiger Mechanismus. «Schlimmer noch», diktierte Zünd: «Das Bundesgericht kann zwar seinen Fall zunächst selbst entscheiden. Doch kann alsdann der Gemischte Ausschuss befasst werden. Dem Gemischten Ausschuss gehören Beamte der Schweiz und Beamte der EU an. Ein Gerichtsurteil, das von der Verwaltung überprüft wird, ist die Negierung des Rechtsstaates selbst.»

«Hier ist noch ein Problem»

So etwas gehe nicht, denn: «Hier entscheidet letztverbindlich das Schiedsgericht, nicht das Bundesgericht. Mit dem Institutionellen Abkommen wird dem Bundesgericht seine Bedeutung als letztinstanzliches Gericht für die Schweiz genommen.» Unsere Justiz stünde quasi unter der Überwachung eines Gemischten Ausschusses von Beamten und Funktionären. Wir müssten entscheiden: Wollen wir uns binden und Souveränität abtreten? Zünd: «Passt auf: Hier ist noch ein Problem, das langfristig ins Gewicht fällt.»

Keine Schmiergeld-Millionen

Natürlich ist Zünd damit nicht plötzlich zum SVPLer geworden. Er liegt mit der Ablehnung des Rahmenabkommen auf Parteilinie. Allerdings ist seine Begründung ehrlicher. Denn während seine Parteikollegen von der SP bereit sind, die ungeliebte Souveränität der Schweiz für ein paar weitere hundert Millionen «Flankierende-Massnahmen-Schmiergeldfranken» zu opfern, ist Zünds Argumentation zündend: «Wollen wir unsere Souveränität abtreten?» In diesem Sinne: Welcome to SVP, Richter Zünd-ler!

Hermann Lei

Churz & Bündig

Vor jeder Volksabstimmung organisiert das Fernsehen zu jeder Vorlage eine «Abstimmungs-Arena». Weil sich darin die Gegner des Verhüllungsverbots als jämmerlich schwach erwiesen, konnte «irgend jemand» vom gebührenfinanzierten Monopol-Fernsehen das Zugeständnis erreichen, zum Verhüllungsverbot eiligst noch eine zweite Abstimmungs-Arena anzusetzen, auf dass dort dann Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter in Szene gesetzt werden konnte.

Gewisse Privilegien sind dem Bundesrat im sonst bekanntlich vollumfänglich unparteiischen SRF-TV schliesslich zuzubilligen.

us

Korrigendum: Im Artikel «Drei von vier leben vom Staat» (SZ Nr. 3/2021) schrieb ich, dass die Pensionskasse des Kantons Zürich drei Viertel der Beträge bezahle. Richtig ist: Der Kanton Zürich bezahlt 60 Prozent, die Angestellten 40 Prozent, worauf mich mehrere Leser hingewiesen haben. Ein Polizist schrieb zudem, er sei sehr wohl produktiv. Auch das ist sicher richtig. Mit «nicht produktiven» Staatsangestellten (hinter dem Bürotisch) war gemeint, dass sie keine Güter produzieren.

Leserbriefe

Kosovo: Corona-Import und Geld-Export

Schon nach acht Monaten musste im Kosovo wieder gewählt werden. Laut «Blick» reisten 40'000 Kosovaren per Flugzeug, Bus oder PW in Ihr Heimatland, um an den Wahlen teilzunehmen. Auch solche, welche den Schweizerpass haben. Von Corona-Schutzmassnahmen keine Rede, viele ohne Masken und Abstand. Und es gewinnt die linke Partei von Albin Kurti. Dieser wiederum erklärt, dass seine Partei die Wahl auch dank den Schweizer Kosovaren gewonnen habe und dass er den Kosovo zur «Schweiz des Balkans» machen will. Offensichtlich haben die Schweizer Kosovaren bei uns gelernt, wie man sich mit unseren Linken in der Schweiz am meisten Gelder sichern kann.

Hannes Hoffelner, Morschach SZ

Mehr Sicherheit dank dem Verhüllungsverbot

Die Verhüllung ist Ausdruck einer rückständigen Ideologie. In der freien Schweiz, wo Männer und Frauen gleichberechtigt sind, darf ein solches frauenverachtendes Verhalten nicht toleriert werden. Die Volksinitiative schliesst auch das Vermummungsverbot bei Demonstrationen ein. Hooligans, Chaoten und politische Extremisten mit vermummten Gesichtern, die Gewalt anwenden oder fremdes Eigentum beschädigen und sich über unsere Gesetze hinwegsetzen, gehören hart bestraft. Das Verhüllungsverbot sorgt also auch für

mehr Sicherheit in unserem Land. Darum ein überzeugtes Ja am 7. März.

Werner Ritter, Schaffhausen

Frauenstimmrecht und Verhüllungsverbot

Es ist unbegreiflich, dass viele (auch bürgerliche) Frauen gegenwärtig 50 Jahre Frauenstimmrecht feiern und gleichzeitig Nein sagen zum Selbstbestimmungsrecht muslimischer Frauen. Sie behaupten, vollverschleierte Frauen würden dann doppelt bestraft, weil sie das Haus nicht mehr verlassen dürften. Doch wer befiehlt das? Die Täter sind die Ehemänner und Mitglieder der eigenen Familie, für welche die Freiheitsrechte der Frauen noch immer Fremdwörter sind. Darum Ja zur Verhüllungsinitiative.

Marcus Stoercklé jun., Basel

Eine natürliche Klimaveränderung

Zum bemerkenswerten Beitrag von Marc Ess (SZ Nr. 2/2021) folgende Ergänzung: Unser globales Klima wird neben der Sonne auch durch sterbende Sterne bestimmt, deren Teile durchs Weltall fliegen und nur zum Teil durch unsere Atmosphäre abgeschirmt werden. Andererseits schleudert die Sonne bei hoher Sonnenfleckenaktivität ihren Sonnenwind ins Weltall. Kommt dieser bis zur Erde, so putzt er die andern intergalaktischen Strahlen wie ein Föhn weg. Es können sich folglich weniger Aerosole bilden, die für mehr Niederschläge sorgen. Daraus resultiert eine Erwärmung, die das Eis der Arktis schmelzen lässt. Das leichtere Süsswasser schwimmt obenauf und bremst das schwere Salzwasser des Nordatlantikstroms ab.

Ein kalter Atlantik bedeutet weniger Niederschlag für die Nordschweiz – so erlebt im Februar und im August 2003 und 2018. Die intergalaktischen Strahlen, denen es gelingt, in unsere Atmosphäre einzudringen, bilden mit dem Schwefeldioxid (das durch Verrottung übrig gebliebener Meeresalgen in die Troposphäre verwirbelt wird) Aerosole. Diese vermögen bis zu 30 Prozent mehr Wolken zu erzeugen. So geschieht es dieses und nächstes Jahr – begründet im 11-jährigen Sonnenfleckenminimum. Mehr Regen in den nächsten Jahren heisst aber in diesem Fall, dass es nur leicht kühler wird, denn bis 2050 befinden wir uns immer noch im Optimum des 1'000-jährigen solaren Klimazyklus'. Die Biosphäre aber darf man nicht vom CO₂ abwürgen. Man darf sie ungeniert (von heute 400 ppm) mit bis zu 600 ppm verwöhnen. Darum ein Ja zum Referendum gegen das CO₂-Gesetz!

Hubert Koller, Wangen-Brüttisellen ZH

Inkompetenz und/oder kriminelle Irreführung?

Monika Rüeggers Petition «Beizen für Buezer» ist grossartig! Dieser taktisch richtige Anfang muss aber noch weitergehen: Meine Frau musste bei der Coiffeuse bei der Kälte im Freien warten und hat sich prompt erkältet – dies bei der offiziellen Rücksichtnahme auf die gefährdeten Alten (wir sind beide 86-jährig). Man bedauert, dass die schweizerische Bundesverfassung kein Amtsenthebungsverfahren für Mitglieder des



Bundesrates vorsieht. Kürzlich habe ich einen persönlichen Rückblick zum Corona-Jahr 2020 zusammengestellt und dabei aus der Sicht eines Statistikers bemerkt: «Wie soll man das Verhalten der schweizerischen «Taskforce» und des Bundesrates einschätzen?» Ich glaube, bestenfalls als inkompetente und schludrige Arbeit, und schlimmstenfalls als kriminelle Irreführung. Ich fürchte, dass beides vorliegt.

Peter und Effi Huber, Altendorf SZ

Wehret den Anfängen

Was sich in der Schweiz bewährt hat, muss bleiben: Unsere einzigartige politische Struktur, unsere Grundsätze, Traditionen und Werte, die uns Freiheit und Sicherheit geben. Deshalb akzeptieren wir keine Parallelgesellschaften und kein Scharia-Recht! Wer eine Frau zur Verhüllung zwingt, begeht ein Verbrechen i.S. Menschenrechte und Menschenwürde. In der Schweiz leben rund 400'000 Muslime. Eine Umfrage hat ergeben, dass etwa 25 Prozent der Befragten den Regeln des Islam gegenüber der Bundesverfassung den Vorrang geben. Darum Nein zum radikalen Islam und Ja zum Verhüllungsverbot.

Andi Bichsel, Othmarsingen, AG

Islamistische Infiltration stoppen

Gerne würde ich jeweils an den Abstimmungen teilnehmen. Aber bei der letzten Abstimmung haben wir hier auf den Philippinen das Abstimmungsmaterial fünf Wochen nach der Abstimmung erhalten. Vor geraumer Zeit konnten wir (vom Kanton Aargau aus) elektronisch abstimmen. Dies hat immer einwandfrei geklappt. Dann hat irgendeine Parlamentariergruppe das Gefühl gehabt, wir würden betrügen. Nun können wir nicht mehr abstimmen. Der hiesige Postversand klappt sowieso nie, auch wenn das Abstimmungsmaterial rechtzeitig versendet wird. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich für uns Auslandschweizer für eine elektronische Abstimmung einsetzen würden. Ich bin ein SVpler «alter Schule» und muss jetzt zusehen, wie immer mehr Muslime Europa infiltrieren. Die echten Schweizer Werte gehen verloren wegen den «Linken, Lieben und Netten».

Dr. W. Zimmerli, Manila/Philippinen

EU-Beitrittsfreunde und korrupte Parlamentsmitglieder

Ich bewundere den Kampf Ulrich Schlüers und der «Schweizerzeit» für unsere Heimat. Geboren 1947, habe ich resigniert und mich von der Politik verabschiedet. Unser Staatsfernsehen SRF1 brauche ich nur noch für die Sendungen «Schweiz aktuell» und «Kassensturz». Die «Arena», welche ich vor Jahren regelmässig angeschaut habe, ertrage ich nicht mehr. SRF1 ist zum Sprachrohr von Keller-Sutter und Gössi (FDP) geworden. Wegen der Aussicht auf die Presseförderung wagt es ausser Markus Somm und Ulrich Schlüer kein Journalist mehr, gegen die Machenschaften der FDP in der Europa-Politik zu opponieren. Obwohl ich 42 Jahre in der gleichen Firma gearbeitet und in die Pensionskasse einbezahlt habe, kann ich mit meiner

Rente am gesellschaftlichen Leben im reichsten Land der Welt nicht mehr teilnehmen. Derweil leben korrupte Parlamentarier und Verwaltungsmandatsträger wie die Maden im Speck. Den EU-Beitrittsfreunden von FDP und Co. werden die Augen erst aufgehen, wenn Frau Merkel dereinst sagen wird: «Das Schweizerland in seiner Pracht eroberten wir in einer Nacht.»

Rolf Ambass, Studen BE

Marie-Antoinette: Ewig verleumdet

Bei Königin Marie-Antoinette von Frankreich, der verhassten «Autrichienne», kursieren seit ihrem Prozess (1793) auf Freisler-Niveau die schäbigsten Geschichtslügen. Weil sie nur beim Vorwurf des sexuellen Missbrauchs eigener Kinder ihr Schweigen unterbrach. Die Unterstellung, das Volk solle bei Mangel an Brot «Kuchen essen», ein Rousseau-Zitat von 1757 (da war sie zwei Jahre alt), war als Propaganda für einen Justizmord keine Stellungnahme wert. Die gebildete Leserin des «Emile» gab am 24. Mai 1784 dem Autor der nicht auf sie gemünzten Prinzessinnen-Anekdote an seinem damaligen Grab bei Ermenonville die Ehre als Leserin auf einem noch erhaltenen Steinbänklein. Der britische Staatsphilosoph Edmund Burke sah im Terror der Revolution, dessen Opfer die von ihm respektierte Königin wurde, eine Bestätigung seiner Kritik an der Jakobiner-Demokratie. Dabei prägte nicht John Locke, sondern der noch zur Zeit von Elisabeth I. geborene Thomas Hobbes als erster die Theorie des Staatsvertrages. «Marie-Antoinette regiert» ist als Titel eines Leitartikels der «Schweizerzeit» unwürdig. Mit Respekt las ich aber den Artikel von Paul Ehinger über die Aargauische Vaterländische Vereinigung. Gewohnt präzise, sogar im heiklen Bereich der Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg.

Dr. Pirmin Meier, Aesch LU

Home office für alle?

Seien wir uns bewusst: Millionen Menschen arbeiten nach wie vor «an Ort und Stelle» in der Landwirtschaft, der Tierhaltung, bei Wind und Wetter auf dem Bau, in der Maschinen-, Fahrzeug- und Elektroindustrie, in Werkstätten, in der Bildung, in Gesundheitsberufen, in der Pharmazie und Chemie, im ÖV, in Kraftwerken, in der Seelsorge, bei der Polizei, Feuerwehr usw. Am Bildschirm geht das nicht. Und ohne Grundversorger gäbe es im «Homeoffice» weder Wärme noch Strom, kein Wasser, nichts zu futtern, keine Güselabfuhr und keine Post-Dienstleistungen. Klar können Buchhaltung, gewisse Verwaltungs- und Büroarbeiten von zuhause aus erledigt werden. Aber wir Menschen brauchen direkten Kontakt. Video-Konferenzen mit den verzogenen Gesichtern erschweren den Austausch und die Gruppendynamik von Sitzungen, weil zielführende Kommunikation auch von Emotionen, Mimik, Gestik und weiteren Stimmungs-Elementen lebt. Wir alle sehnen uns nach der unverzichtbaren Menschlichkeit im hoffentlich bald wieder normalen Alltag, zu welchem wir dann noch bewusster Sorge tragen sollten.

Ueli Krasser, Hagendorn ZG

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Demokratie

Im Juli 2019 wurde Ursula von der Leyen (VdL) zur Kommissionspräsidentin gewählt – von zwei Wählern. Die Kanzlerin schlug sie vor, und Emmanuel Macron war einverstanden, nachdem die Franzosen im Gegenzug mit Christine Lagarde die EZB kontrollieren durften.

Die anderen 25 Regierungschefs nickten die Wahl ab, und das Europaparlament stimmte mit 374 Stimmen von 747 knapp und zähneknirschend zu, immerhin war «Spitzenkandidat» Manfred Weber (CSU) von Merkel unelegant ausgebootet worden. «Deutschlands schlechteste Ministerin» (Martin Schulz, SPD) hatte ihren Traumjob, nachdem Merkels Plan, sie zur Bundespräsidentin zu machen, anno 2010 durchgefallen war.

(Albrecht Rothacher, Junge Freiheit, 05.02.2021)

Diktatur

Es mutet seltsam an, wenn Frau Bundeskanzler die Zustände in Minsk und Moskau wortreich kritisiert und dabei Durchhalteparolen und Sprüche zur «Freiheit» in die Mikrofone hustet. Gleichzeitig werden Polizeibeamte in Deutschland vom Dienst suspendiert, weil sie sich «erlaubt» haben, als freie Bürger an Kundgebungen gegen den Corona-Wahnsinn

Verhüllungsverbot

Eigentlich müssten die linken Kreise und die Feministinnen jubeln und die Initiative mit wehenden Fahnen unterstützen. Das tun sie aber nicht. Im Gegenteil: Die SP und die Grünen verbünden sich lieber mit Islamisten, als sich mit dem Frauenbild des Islams auseinanderzusetzen. Auf die sachliche Ebene lassen sie sich gar nicht ein. Ein typisches Beispiel ist der Basler alt SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner, der zur «Burka-Initiative» twittert: «Ich verstehe sowohl die Argumente der Befürwortenden wie jene der GegnerInnen. Beide vollkommen legitim. Ich stimme nein, weil die Vorlage von SVP-Rassisten kommt.» Rassisten!

Bezeichnend ist, dass Claude Longchamp den Tweet von Rechsteiner geliked hat. Der Linke hat 25 Jahre lang für unser Zwangsgebühren-Fernsehen die Wahlen kommentiert und Wahlumfragen durchgeführt. Sie können sich etwa vorstellen, wie unparteiisch jemand mit diesem Gedankengut die Parteien beurteilt hat. Weil Leute wie Rechsteiner, Longchamp und Konsorten keine besseren Argumente haben, geht man mit der Rassismus-Keule und mit strafatverdächtigen Unterstellungen auf die SVP los.

(Nationalrat Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 134, 24.02.2021)

aufzutreten. Sogar die Überprüfung dieser Polizisten durch den Verfassungsschutz wurde angeordnet. Auch mit «subtileren» Massnahmen wurde bereits pensionierten Polizeibeamten gedroht: Ermahnungen, Bussen und sogar Kürzung der Renten, weil sie sich nicht an die «Treuepflicht» halten würden. Bereits mehr als ein Dutzend aktive Polizeibeamte wurden im Dienst suspendiert oder gar entlassen. Die Politiker schweigen. Es ist ja Wahljahr. Früher nannte man das «Verheizen». Kommt nicht gut...

(Tis Hagmann, Büro H, 25.02.2021)

Parlament

Neu soll der Artikel 1 «Gegenstand und Grundsätze» im Covid-19-Gesetz durch den folgenden Absatz 4bis ergänzt werden:

«Vor dem Erlass von Massnahmen mit bedeutenden volkswirtschaftlichen Auswirkungen wie Berufsverbote oder Betriebsverbote hat er (der Bundesrat) die Zustimmung der zuständigen parlamentarischen Kommissionen einzuholen.»

Die unbefriedigende aktuelle Alleinherrschaft des Bundesrates soll damit eingeschränkt werden. Die demokratisch legitimierten Vertreter des Volkes in den parlamentarischen Kommissionen sollen ab sofort gewichtigen Entscheidungen, wie sie Tätigkeitsverbote von ganzen Berufsgruppen oder Branchen darstellen, zustimmen müssen. Da sich die Kommissionen analog den Zusammensetzungen der jeweiligen Eidgenössischen Räte zusammensetzen, gelten sie als deren Abbild. Bereits heute fallen die Kommissionen in anderen Belangen Entscheide als Vertreter der eidgenössischen Räte. Im Gegensatz zum Parlament sind Kommissionen innert kurzer Zeit einberufbar und beschlussfähig. Ihre Zustimmungsentscheide können deshalb rasch erfolgen.

(Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, SVP, 23.02.2021)

Zensur

Alles deutet daraufhin, die eigentliche Geschichte des Jahres 2021 wird sein – falls sie später überhaupt erzählt werden darf – die Masszensur jeglicher abweichenden Meinung und brutale Jagd auf Andersdenkende. Die Unterdrückung anderer Meinungen in den Medien und auf den sozialen Plattformen läuft schon länger, aber so krass wie jetzt war es noch nie. Sie geben richtig Gas mit Biden als neuer Präsident, weil sie sich als Sieger in der Meinungsherrschaft sehen. Manchmal sind es nicht die Leute, die sich verändern, es ist die Maske, die runterfällt.

(Sicherheitspolitische Wochenschau, Fricktal, Offiziersgesellschaft, 23.01.2021)

Zwei Dinge sind unendlich ...



... die menschliche Dummheit und das Universum. Aber beim Universum bin ich mir nicht ganz sicher. Hat Albert Einstein gesagt. Dazu folgendes:

Theresia Fankhauser (Name zu ihrem Schutz geändert – die Red.) ist 86, rüstig, geistig hellwach. Sie wohnt in einer Kantonshauptstadt der Ostschweiz. Sie schildert ein peinliches Geschehen: «Ein hochdeutsch sprechender Enkeltrick-Betrüger rief mich an und wollte Geld. Ich habe ihn hingehalten, habe aber heimlich die Polizei angerufen. Zwei Beamte erschienen, beide in Uniform. Ich stutzte. Zu dritt warteten wir in meiner Stube auf den Betrüger, der aber nicht kam.

Als die Polizisten gingen, trat ich mit ihnen vor die Haustür und erstarrte: Auf dem einzigen Besucherparkplatz stand ein voll angeschriebenes Polizeiauto. Ich sagte den beiden, sie seien eindeutig das Dümme, was ich je gesehen hätte. Sie zogen beleidigt ab, und einer meinte, dies habe ein Nachspiel. Und tatsächlich: Sie klagten mich vor Bezirksgericht wegen Beamtenbeleidigung an. Der Bezirksrichter hiess die Klage gut, und der Staatsanwalt ermittelte. Erst das Obergericht machte dem Spuk ein Ende, indem es die Klage stornierte.»

Ist so viel kollektive Dummheit zu toppen? Und ob! In Deutschland erschoss der eingewanderte Libanese Yassin Ali-Khan, 48, einen Polizisten. Im Knast durfte er vier Kinder zeugen, für die der deutsche Staat aufkam. Er wurde in den Libanon abgeschoben, doch nur ein Jahr später nahm ihn Merkel-Deutschland wieder auf. (Sein Bruder Omar Ali-Khan tötete in dieser Zeit einen Familienvater). Polizistenmörder Yassin Ali-Khan kassierte zwischenzeitlich Unterstützungsgelder vom deutschen Sozialstaat.

Erfreulich, dass wir hierzulande nicht gar so dumm sind, oder? Falsch. Wir sind es! Der Erfinder des Enkeltrick-Betrugs, ein Pole namens Arkadiusz «Hoss» Lakatosz, Jahrgang 1968, pflegt mit persönlichen Besuchen regen Kontakt mit seinen «Betrugs-Vettern und -Brüdern im Geiste», allesamt wohnhaft im Aargauischen. Bundesstaatsanwaltschaft, kantonale Ermittler und Fedpol (Bundesamt für Polizei) wissen davon. Was tut man zwecks Straftatvereitelung? Nichts! Theresia Fankhauser wird wohl wieder mal von den Enkeltrick-Betrüger des Polen Arkadiusz «Hoss» Lakatosz heimgesucht werden. Bleibt zu hoffen, die Polizei komme dann per Fahrrad ...

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Churz & Bündig

Mattea Meyer, Links-Liebling des Tages-Anzeigers, darf (mit Bild) eine ganze Seite lang hemmungslos gegen SVP-Nationalrat Andreas Glarner wettern. Dessen Name wird zuvor – ohne dass irgend eine persönliche Mittäterschaft nachgewiesen werden kann – mit offenbar in sozialen Medien zirkulierenden untragbaren Äusserungen in Verbindung gebracht. Linke Holzerei gegen einen SVP-Exponenten: Das ist dem Tagi – ob begründet oder unbegründet – immer viel Platz wert.

Aus der gleichen TA-Ausgabe vernahm man auch, dass der Kanton Zürich vom linken Alain zu Bundesbern bezüglich Impfstoff-Zuteilung am schlechtesten von allen Kantonen bedient werde. Mattea Meyer: Die ist doch eigentlich Volksvertreterin des Kantons Zürich. Wie wäre es, wenn diese stets zu verbalen Breitseiten bereite Dame ihrem lieben Genossen Alain Berset zu Bern kategorisch Gleichbehandlung Zürichs mit anderen Kantonen bei der Bedienung mit Impfstoff abverlangen würde? Liegt ihr solche Interessenvertretung für die Bevölkerung des eigenen Kantons etwa nicht am Herzen? Das scheint so – denn dafür winkt ihr keine bebilderte Seite im Tages-Anzeiger. Dafür müsste Leistung und auf Sachwissen fussende Durchsetzungskraft bewiesen werden. Für Leute, die nur stänkern können, ist solches offensichtlich unerreichbar.

*

Die vom Bundesamt für Gesundheit im Departement Alain Berset verursachte katastrophale, scheinbar nie enden wollende Verschleppung der Corona-Impfkampagne koste, las man in der «NZZ am Sonntag» schon vor gut einem Monat, die Schweiz bis zu hundert Millionen Franken. Und zwar täglich!

Wer kommt für diese Summe auf? Etwa der Hauptverantwortliche Alain Berset persönlich?

*

Vor Jahresfrist erst jammerten Maturandinnen und Maturanden, wie unzumutbar es sei, ihnen eine Maturitätsprüfung abzuverlangen, wo sie in der Corona-Krise doch ganz allein auf das Examen hätten lernen müssen.

Einige Erziehungsdirektorinnen und -direktoren liessen sich vom dazu organisierten öffentlichen Druck erweichen und schenkten den so herzerweichend über unzumutbare Überforderung Jammernden das «Reifezeugnis» – ohne Reifeprüfung. Jetzt aber fordern die Überforderten von damals das Stimmrecht für Sechzehnjährige. Erachten sie die Fähigkeit, selbständig denken, lernen und handeln zu müssen als vollkommen überflüssig, wenn es um Entscheidungen zugunsten der Öffentlichkeit geht?

us

Vom Umgang mit Corona

Staatliche Vorschriften oder private Verantwortung?

SZ. Mit der Corona-Krise hat die Politik entdeckt, dass die Gesundheitsstatistik ein noch viel grösseres Einfallstor für staatliche Willkür bietet als alle Wirtschaftsdaten. Dies mit weitreichenden, gravierenden Folgen. Das nachfolgende hochaktuelle Interview von Thomas Jacob, Key Account Manager der «Zürich»-Versicherungsgesellschaft, mit Dr. Hans Hermann Hoppe, langjähriger Professor für Volkswirtschaftslehre an der University of Las Vegas, beleuchtet die Zusammenhänge.



Thomas Jacob: Herr Professor Hoppe, Sie sind als Staatskritiker und Kritiker politischer Zentralisierung bekannt. Beweist nicht Corona, dass Zentralstaaten und zentralstaatliche Vorschriften nötig sind?

Hoppe: Im Gegenteil. Die von einer Epidemie ausgehende Gefahr ist nie überall und für jedermann und zum gleichen Zeitpunkt ein und dieselbe. Die Lage in Frankreich ist anders als die in Deutschland oder im Kongo, und China ist nicht Japan. Und innerhalb diverser Länder unterscheidet sich die Gefahrenlage von Region zu Region, von einer Stadt zur andern. Von daher muss jede zentralistische Massnahme von vornherein als abwegig und zweckwidrig erscheinen.

Nehmen wir an, der Staat könnte privaten Besitzern keine Vorschriften machen, wie würde das Problem einer Pandemie gelöst?

Angesichts einer Pandemie geht es schlicht und einfach um die Frage: «Wen lasse ich rein und wen schliesse

ich aus?» bzw. «Zu wem gehe ich hin und von wem halte ich mich fern?» Und diese Entscheidung kann und wird insbesondere bei kommerziell genutztem Eigentum, beispielsweise Läden und Gaststätten, auch eigene präventive Massnahmen umfassen. Umgekehrt können Besucher bzw. Kunden Vorsichtsmassnahmen treffen, um einen ungehinderten Zugang zu möglichen Gastgebern zu finden. Das Resultat dieser vielfältigen Einzelentscheidungen ist ein komplexes Geflecht von Zutritts- und Besuchsregeln.

Was ist davon in der heutigen Realität umsetzbar?

Für Privatbesitz müsste man den Eigentümern schon heute die volle Verantwortung für ihr Handeln übertragen. Für den öffentlichen Bereich wiederum erscheint es geradezu selbstverständlich, dass die Entscheidungen möglichst dezentral, von lokalen Entscheidungsträgern, getroffen werden sollten.

Was wäre im Vergleich zum gegenwärtigen politischen Umgang mit dem Corona Virus anders verlaufen? Und wie?

Kurz gesagt: Corona hätte als Pandemie gar nicht stattgefunden. Die von dem Corona-Virus tatsächlich ausgehende Infektionsgefahr ist so gering, dass sie von den meisten Menschen als solche gar nicht wahrgenommen worden wäre. Tatsächlich ist die Gesamtzahl an Toten, z.B. in Deutschland, Österreich oder der Schweiz, im Jahr 2020 keineswegs dramatisch gestiegen, wie man es angesichts der beispiellosen politischen Notstandsverordnungen in diesem Jahr eigentlich hätte erwarten sollen.

Sind Politiker einfach nur dumm?

Der tiefere, strukturelle Grund liegt darin, dass politische Entscheidungsträger bei ihren Entscheidungen vom Risiko möglicher Verluste und Kosten weitgehend befreit sind. Im Fall Corona: Warum sollte man angesichts einer infektiösen Krankheit nicht auch zu «mutigen» Mitteln greifen, wenn man doch selbst dadurch keine unmittelbaren Einkommensverluste erleidet? Als die Nebenfolgen dann offenkundiger wurden, hiess es, es gehe bei ihren Entscheidungen um eine Abwägung von «Gesundheit» versus «Wirtschaft». Dass eine prosperierende Wirtschaft die Grundlage für die Er-



haltung und insbesondere auch die Gesund-Erhaltung von Menschen ist, zu dieser elementaren Einsicht zeigte man sich unfähig oder wollte man nicht gelangen.

Und schliesslich hiess es, man werde die durch die Massnahmen entstandenen Verluste selbstverständlich ausgleichen durch eine gigantische Geldmengenvermehrung, wobei die Kosten dieser Geldmengenvermehrung, bzw. der aus ihr resultierende Kaufkraftverlust, verschleiert und auf andere Personen abgewälzt wird. Das ganze Manöver ähnelt dem berühmt-berüchtigten Beispiel des Brandstifters, der anschliessend als Feuerwehrmann beim Löschen des von ihm angezündeten Hauses antritt und dabei zum gefeierten Held wird.

Zu den krummen Machenschaften gehörte es, die Zahl der sogenannten Corona-Toten systematisch nach oben zu tricksen. Auch ein bei einem Autounfall Verstorbener mit Corona war ein Corona-Toter. Krankenhäuser, erhielten für gemeldete Corona-Tote finanzielle Zuschüsse, was naturgemäss zu entsprechenden Umbuchungen führte.

Das gewagteste und folgenreichste Täuschungsmanöver aber bestand darin, die Definition von «Gefahr» an der absoluten Zahl von Corona-positiv getesteten Personen zu bemessen, von denen man umso mehr findet, je mehr man testet, und deren Zahl uns dann endlos, Tag für Tag, eingehämmert und dramatisch vor Augen geführt wird. Der Test selbst ist dabei unzuverlässig, aber viel wichtiger: Der Ausgang des Tests

hat so gut wie keine Voraussagekraft hinsichtlich eines bestimmten Krankheitsverlaufs. Die überwältigende Mehrheit, geschätzte 80 Prozent der Corona-positiv getesteten Personen, sind asymptomatisch, und die von ihnen ausgehende Ansteckungsgefahr liegt nach bisherigen Kenntnissen nahe bei null.

Wird die Coronakrise die Politik nachhaltig verändern?

Mit der Corona-Krise hat die Politik die Entdeckung gemacht, dass die Gesundheitsstatistik ein noch weit grösseres Einfallstor für staatliche Willkür und Grossmannssucht bietet als alle Kennziffern der Wirtschaftsstatistik. Auf der Grundlage eines Virentests ist es der Politik gelungen, nahezu das gesamte gesellschaftliche Leben zum Stillstand zu bringen, Millionen von Menschen in wirtschaftliche oder soziale Not oder Bedrängnis zu stürzen, und dennoch selbst, jedenfalls bislang, als Helden aus der ganzen Geschichte hervorzugehen. Eine erschreckende, geradezu niederschmetternde Erkenntnis. *(Das ganze Interview auf www.mises.org)*

Prof. Dr. Hans Hermann Hoppe, geb. 1949 in Peine, Deutschland, studierte Philosophie, Soziologie, Geschichte und Volkswirtschaftslehre an der Universität Saarbrücken, der Goethe-Universität und der University of Michigan. Er doktorierte 1974 in Frankfurt bei Jürg Habermas und habilitierte sich 1981. Sein neuestes Buch trägt den Titel: «Über den demokratischen Untergang und die Wege aus der Auswegslosigkeit: Reden, Aufsätze und Interviews wider den links-grünen Zeitgeist».

Zürcher Turm- bzw. Schulhausbau zu Babel



Die Geschichte über den Turmbau zu Babel erzählt vom Grössenwahn und vom Scheitern eines enthemmten Multikulturalismus'. Die Stadt Zürich will in völliger Selbstüberschätzung einen solchen Turm in den Himmel bauen. Gott fühlt sich gestört und straft die Menschen mit vielen unterschiedlichen Sprachen ab. Im nun vorhandenen Multikulti-Wirrwarr scheitert das Bauvorhaben kläglich. Das biblische Gleichnis vom Turmbau passt beängstigend gut zur Schweiz der offenen Grenzen.

Über eine Million Ausländer (netto!) zwängten sich innerhalb von gut zehn Jahren in unser kleines Land. Zwar kennt jeder Schweizer und jeder alteingesessene Ausländer die fatalen Folgen der Masseneinwanderung: Steigende Mieten, verstopfte Strassen, zerstörte Natur, Explosion der Sozialhilfe. Doch die volkswirtschaftlichen Schäden dieses Multikulti-Grössenwahns bleiben oft zu abstrakt. Und hier schafft die rot-grüne Zürcher Stadtverwaltung ein greifbares Negativbeispiel, das für den Zustand der ganzen Schweiz erhalten kann.

Hinter feindlichen Linien

Noch vor wenigen Jahren ging die Stadtverwaltung von 500 Millionen Steuerfranken aus, die für neue Schulhäuser aufgrund der Masseneinwanderung benötigt würden. Bereits diese Kosten waren untragbar. Doch heute sind es sage und schreibe 1,8 Milliarden (eintausendachthundert Millionen) Franken, die in den nächsten Jahren für Schulhäuser investiert werden sollen. Zürich baut also für astronomische Kosten Schulhäuser für Zuwanderer. Auf vielen Schulhöfen sind Schweizer bald in der Minderheit, der enthemmte Multikulturalismus übernimmt die Macht. Die Schweizer Kultur und unsere Werte lösen sich auf. Wie beim Turmbau zu Babel droht auch die Schweiz an ihrer Unvernunft zu scheitern.

Wir müssen deshalb die Jahrhundertsünde Personenfreizügigkeit rasch beenden. Grossbritannien zeigt, wie mit der EU erfolgreich verhandelt werden kann, wenn der Wille zur nationalen Souveränität vorhanden ist. Doch dieser fehlt dem mehrheitlich linken Bundesrat gänzlich. Bei den Nationalratswahlen 2023 braucht es eine massive Korrektur nach rechts!

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Josef Munzinger (1791–1855)

Kämpfer für die Schweiz

In der «Schweizerzeit» Nr. 1/2021 vom 15. Januar haben wir über die traditionelle Berchtoldstags-Veranstaltung berichtet, die heuer in Solothurn stattgefunden hat und an welcher Christoph Blocher wiederum historische Persönlichkeiten würdigte – diesmal aus dem Kanton Solothurn. Nach Willi Ritschard, dem «Arbeiter im Bundesrat», folgen nun Blochers Ausführungen zu Josef Munzinger, dem «Kämpfer für die Schweiz».



Tauchen wir zunächst in die Geschichte der Alten Eidgenossenschaft ein. Josef Munzinger (1791 geboren und 1855, also sieben Jahre nach der Gründung der modernen Eidgenossenschaft, gestorben) erlebte noch die ungerechte, unfreie Ungleichheit zwischen Stadt und Land. So regierten auch in Solothurn über Jahrhunderte die «Gnädigen

Herren Stadtbürger» – d.h. einige wenige Familien. Es herrschte das Privileg der Geburt und des Ortes. Auch das Städtchen Olten litt unter der Regentschaft dieser gnädigen Herren zu Solothurn. Hier in Olten – nicht in Solothurn – lebten die Munzingers. Man liess sie spüren, dass sie über Olten hinaus nichts zu melden hatten. Und hier wurde 1791 Josef Munzinger geboren.

Rebellion, Gefangennahme, Stadtschreiber

Obwohl 1798 die Franzosen in die Schweiz einmarschierten und die Gleichstellung von Stadt und Land durchsetzten, kamen 1814 in Solothurn die gnädigen Herren von Solothurn wieder ans Ruder. Das passte dem freiheitlich gesinnten jungen Munzinger in Olten nicht. Er rebellierte, wurde deshalb gefangen, musste fliehen und wurde wieder befreit, weil seine Seite erneut Aufschwung bekam. Nun wurde er Stadtschreiber in Olten und verwaltete die väterliche Landwirtschaft.

Offenbar war er ziemlich frühreif; schon mit 17 Jahren zeugte er ein uneheliches Kind. Eine erste Ehefrau starb aber kinderlos, doch die zweite Frau, die Bäckerstochter Anna Maria Lüthi, schenkte ihm neun Kinder!

Redner von Balsthal

Die grosse Stunde von Josef Munzinger schlug am 22. Dezember 1830 am Volkstag von Balsthal. Auf der



Volkstag von Balsthal

Treppe des Hotels «Rössli» verkündete er vor über 2'000 begeisterten Zuhörern die mutige Forderung: «Die Souveränität des Volkes soll ohne Rückhalt ausgesprochen werden.» Das Volk solle über den Regierenden stehen.

Die Worte des Redners von Balsthal, die ausdrückten, was viele dachten, aber nicht zu sagen wagten, setzten sich durch. Die Patrizier mussten abtreten, Solothurn bekam 1831 eine liberale Kantonsverfassung. Munzinger wurde Regierungsrat, 1833 Regierungspräsident, seit 1840 mit dem Titel Landammann. Erst nach fünf Jahren Regierungsrat übersiedelte er 1836 von Olten in die Hauptstadt.

Unter dem Eindruck des Züriluputchs von 1839, als bewaffnete, religiös-konservative Landleute in die Stadt

GOAL GLOSSAR

emotional

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»

<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Zürich zogen, um das liberale Regime vorübergehend zu stürzen, befürchtete Munzinger in Solothurn Ähnliches. Er griff im Kampf gegen die Konservativen zu brutalen, undemokratischen Mitteln, ja zu rechtswidrigen Hochverratsprozessen.

Gründer der Frankenwährung

Munzinger war ein tonangebendes Mitglied in der Revisionskommission einer neuen Bundesverfassung von 1848. Er ergriff 188 Mal das Wort – am meisten von allen! So kam es zur Schweizerischen Bundesverfassung von 1848, zu einer Erfolgsgeschichte, die der Schweiz schon über 170 Jahre Unabhängigkeit, Freiheit, Wohlstand, Frieden und Volksrechte garantiert hat. Und der Solothurner Josef Munzinger war einer der wichtigsten Architekten dieses genialen Werkes.

Im November 1848 wurde Munzinger in den ersten Bundesrat gewählt. Dort leitete er hauptsächlich das Finanzdepartement. Seine grösste, auf Dauer bedeutendste Leistung bildete 1850 die Einführung des Schweizer Frankens. Und dies gegen grossen Widerstand. Vor allem die Ostschweizer haben den Franken bekämpft, aber der kluge Solothurner behielt Recht. Die Schweiz ist mit ihrer Währung bis heute sehr gut gefahren.

Josef Munzinger gehörte zu den so genannten Alt-Liberalen, d.h. zu den Liberal-konservativen – die «Grau-

en» genannt. Sie wurden später vom linken Parteiflügel – den Radikal-Liberalen, auch «die Roten» genannt – verdrängt. Viele Liberalkonservative vom Munzinger-Flügel wählen heute SVP; die Linksfreisinnigen bzw. Roten gibt's im Kanton noch immer, sie ziehen die FDP Solothurn bis heute eher nach links. Auch als Bundesrat blieb dieser Solothurner bescheiden und anspruchslos. Als ein Bundesratskollege eine besondere Livrée – also eine Uniform – für die Weibel vorschlug, meinte Munzinger trocken: «Einen solchen Affen dulde ich sicher nicht in meinem Büro.»



Josef Munzinger,
1830er Jahre

Einsatz für die Aussöhnung nach dem Sonderbundkrieg

Munzinger verstarb 1855 nach längerer Krankheit. Hoch angerechnet wurde ihm, dass er als Katholik nach dem Sonderbundkrieg 1847 viel für die Aussöhnung mit den unterlegenen katholischen Kantonen geleistet hat. Wie er auch als Katholik massgeblich dafür sorgte, dass der mehrheitlich katholische Kanton Solothurn dem Sonderbund nicht beitrug, und sich der Kanton Solothurn auch nicht am Sonderbundkrieg von 1847 – dem letzten Krieg auf Schweizer Boden – beteiligte.

Christoph Blocher

Kultur als Käfig



Die Schweizer Sozialdemokraten haben noch im Jahr 2010 in einem Positionspapier zum Islam festgehalten: «Der Zwang zum Tragen einer Ganzkörperverhüllung (Burka oder auch die Kombination von Abaya, Kopftuch und Niqab) ausserhalb der eigenen privaten Räume ist ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit und aus unserer westlichen Sicht eine Menschenrechtsverletzung, weil eine adäquate persönliche Entwicklung und die Integration in die Gesellschaft massiv erschwert werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn Mädchen oder junge Frauen diese Verhüllung «freiwillig» tragen. Es ist schwierig, die Burka nicht als Symbol der Unterdrückung der Frau zu begreifen.»

Gut zehn Jahre später steht eine Initiative zur Diskussion, welche dieses «Symbol der Unterdrückung der Frau» im öffentlichen Raum verbieten will. Lanciert hat die Initiative das Egerkinger Komitee, offenkundig keine linke Gruppierung. Nun haben die Genossinnen aber Beisshemmung. Dass andere als sie selbst für Frauenrechte einstehen, scheint zu stören. SP-Nationalrätin Tamara Funicello doziert: «Es geht den Initianten nicht um Frauenrechte, sondern darum, antimuslimische Ressentiments zu schüren.» Und weiter: «Was

Unzensuriert

eine Frau trägt oder nicht, das entscheidet eine Person selbst: die Frau.»

Freiwillig ein Stoffgefängnis wie die Burka tragen? Sieht man von radikalfundamentalistischen Kräften ab, dürfte ein solcher Fall bei Lichte besehen doch eher ein Euphemismus ein, um der in patriarchalen Strukturen eingeordneten Frau den gesellschaftlichen Druck ihres Milieus schönzureden. Würden wir vorliegend nicht von einer religiösen Minderheit sprechen, hätten Links-Feministinnen dies längst moniert.

Der bequeme Verweis auf das angeblich freiwillige Tragen der Burka dispensiert davon, Missstände in diesen Gesellschaftsschichten zu thematisieren. Solche Missstände gehören in einer säkularen Gesellschaft aber thematisiert: Durch ein Verbot der Burka im öffentlichen Raum, aber auch, indem z.B. der Staat bei befürchteten Zwangsehen genau hinschaut und dann nötigenfalls auch hilft.

Politisch-korrekt Antirassismus dagegen macht die Kultur zum Käfig für jene, welche sich daraus emanzipieren möchten – und gibt linken Frauenrechtlerinnen ein gutes Gewissen, wenn sie eine Initiative nichtlinker Kreise für Frauenrechte ablehnen.

Patrick Freudiger



Liebe Leserinnen und Leser

Am kommenden Sonntag, 7. März gelangt unsere **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»** zur Abstimmung. Wir wollen diese symbolträchtige Abstimmung unbedingt gewinnen. Bitte mobilisieren Sie nochmals alles, was Sie können. Jede einzelne Stimme kann den Unterschied machen!

Genauso wie der «Hass auf Ungläubige» sind Burka und Niqab ein **unterdrückerisches Merkmal** des politischen Islams. Das wollen wir auf Schweizer Boden nicht akzeptieren.

Darum **«Ja zum Verhüllungsverbot»**:

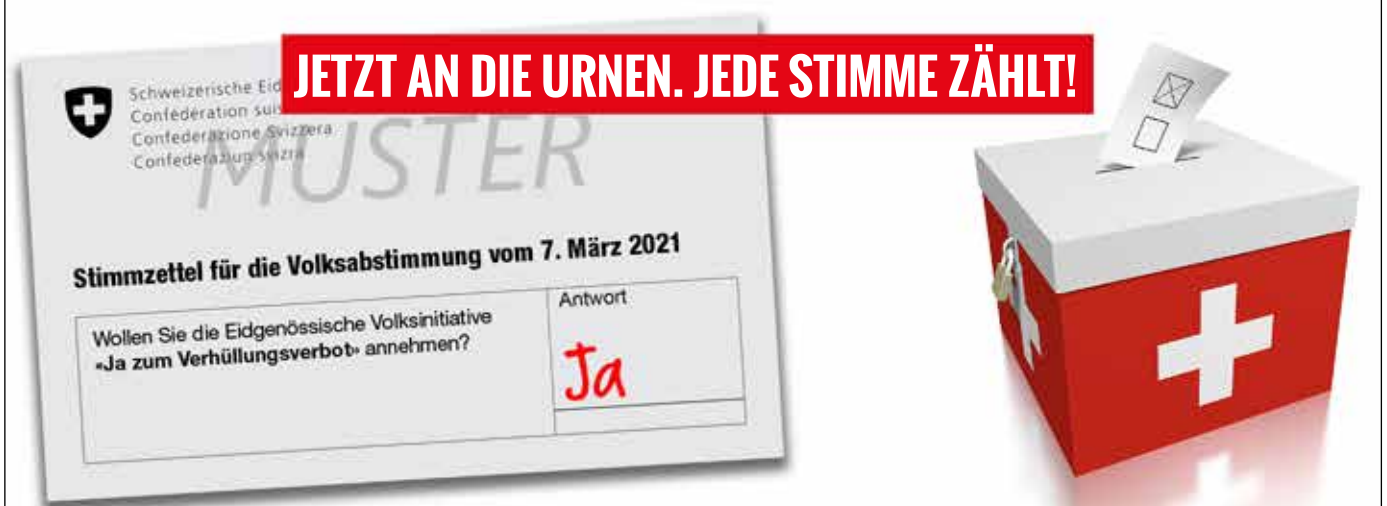
- Freie Menschen zeigen Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.
- Ja zur Gleichberechtigung und Stopp der erzwungenen Gesichtsverhüllung!
- Stopp der kriminell motivierten Verhüllung durch Vandalen und Chaoten!

Ohne grosse Partei im Rücken, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich danke Ihnen, wenn Sie uns in den letzten Tagen unterstützen.

Herzlichst, Ihr

Walter Wobmann

Nationalrat, Präsident Egerkinger Komitee



Rekrutierungen von Stellungspflichtigen im Kanton Zürich

Gravierende Probleme und Verzögerungen

Die Kantonsräte Hans-Peter Amrein, Küsnacht, und Lorenz Habicher, Zürich, haben kürzlich die nachstehende Anfrage eingereicht.

Aufgrund massiver Führungs- und technischer Probleme scheint sich die gesamte Rekrutierung in unserem Land seit Monaten zu verzögern. Die Rekrutierungszentren heben bis zu 50 Prozent weniger Stellungspflichtige aus als geplant. Damit verschärfen sich die Bestandesprobleme unserer Armee zusätzlich – und das notabene in einer Krisensituation.

Diverse Kantone können ihre Stellungspflichtigen nicht mehr in genügender Anzahl zur Rekrutierung aufbieten. Es gibt Wartezeiten für den Eintritt in die Rekrutenschulen von über zwölf Monaten. Besonders schädlich ist, dass zukünftige Spezialisten (u.a. Pilotenanwärter, Medizinstudenten) dadurch auch an der Planung und der geordneten Weiterführung ihrer Studien gehindert werden.

Amrein und Habicher stellen dazu die folgenden Fragen:

1. Hat der Zürcher Regierungsrat beim Bundesrat interveniert? Wenn ja, was ist dessen Antwort?
2. Welche Sofortmassnahmen wurden eingeleitet?
3. Wird der Regierungsrat, falls diese Missstände anhalten, wieder zur Aufstellung von kantonalen Truppen zurückkehren und die Rekrutierungen kantonal vornehmen?

Stellungnahme des Regierungsrates

Die Rekrutierung wird gemäss Militärgesetz durch den Bund durchgeführt. Die Kantone sind für das Aufgebot zur Rekrutierung zuständig. Der Oberfeldarzt ordnete zum Schutz der Stellungspflichtigen vor Infektionen an, die Anzahl Teilnehmer an den Rekrutierungen zu verringern. Insgesamt sank die Aufnahmekapazität im Rekrutierungszentrum Rüti letztes Jahr um 30 Prozent, was etwa 2'800 Stellungspflichtigen entspricht. Deshalb müssen nun zahlreiche Rekrutierungen nachgeholt und die Kapazitäten rasch wieder erhöht werden.



Sporttest im Rekrutierungszentrum Rüti ZH

Ergänzungen zu den Fragen 1 und 2: Das Amt für Militär und Zivilschutz (AMZ) setzt sich aktiv für die Stellungspflichtigen aus dem Kanton Zürich ein. Aufgrund der derzeitigen Situation wurde bis wenige Tage vor dem Start der Winter-Rekrutenschulen am 18. Januar 2021 rekrutiert. Das AMZ setzte zudem alles daran, die Wunschdaten der Stellungspflichtigen für die Absolvierung der RS zu ermöglichen – zusätzlich wurden Plätze im Rekrutierungszentrum Aarau für Zürcher Stellungspflichtige organisiert. Mit weiteren Massnahmen soll die hohe «Bugwelle» von mehreren Tausend Zürcher Stellungspflichtigen insbesondere für das Jahr 2022 abgebaut werden.

Zu Frage 3: Die Aufstellung kantonalen Truppen widerspricht der Bundesverfassung (Art. 60 Abs. 1 BV, SR 101). Die Sicherheitsdirektion unterstützt das Personelle der Armee sowie das Rekrutierungszentrum Rüti bei der Bewältigung ihrer Aufgaben. Der Kanton Zürich (aus dem rund ein Sechstel der Armeeangehörigen stammen) wird alles daransetzen, seinen Beitrag zu einer funktionsfähigen Armee zu leisten.



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 6
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.COM

Nutzlos wie ein Kropf, schädlich wie ein Krebs



Alt-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat sich unlängst beklagt über das feige, duckmäuserische Abstimmungsverhalten der Schweiz in der Uno. Zu oft würden sich unsere Vertreter der Stimme enthalten, um die Kandidatur für den Sicherheitsrat nicht zu gefährden.

Dabei war es sie, welche die Schweizer Kandidatur eingefädelt hat – und nun larmoyant die voraussehbaren Folgen bedauert. Für alle Realisten war klar, dass eine Schweizer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat nutzlos ist wie ein Kropf und schädlich wie ein Krebs. Der einzig erkennbare Nutzen – wenn es denn einer ist – besteht in Auftritten und Karrieren unserer Funktionäre und Politiker auf der Weltbühne.

Um der Völkergemeinschaft glaubhaft unsere Guten Dienste zur Friedensdiplomatie und -förderung anbieten zu können, muss sich die Schweiz strikt aus internationalen Konflikten heraushalten, denn bereits Stimmenthaltung ist Parteinahme.

Um ihre Eignung als glaubwürdige, neutrale Mittlerin nicht noch mehr zu beschädigen, müsste sie sich bei allen «heissen» Abstimmungen im Sicherheitsrat der Stimme enthalten. «Heiss» sind jene Abstimmungen, bei denen es letztlich um Krieg oder Frieden geht – um Machtgerangel und Stellvertreterkriege der Grossmächte, um Konfrontationen zwischen Machtblöcken oder alte Feindschaften.

Nehmen wir den wohl ältesten der «heissen» Konflikte – jenen zwischen Israel und den Palästinensern und ihren Verbündeten. Stimmt die Schweiz für Israel, verärgert sie alle islamischen und linken Diktaturen bzw. die Mehrheit der Uno-Mitgliedsländer. Stimmen wir gegen Israel, kommen wir auf die Liste der antisemitischen Staaten. Übt die Schweiz Stimmenthaltung, verärgert sie beide.

So wie es nach Theodor Adorno kein richtiges Leben im falschen Rahmen geben kann, kann es keine gute Politik aufgrund falscher Prämissen geben. Und die Mär vom Nutzen einer «aktiven» Neutralität ist definitiv eine falsche Prämisse.

Markus Eckstein, Goldach

Stimmrechtsalter 16?

Keinem Beobachter entgeht, dass die politischen Gremien – vor allem die Parlamente – in unserem Land eine Verjüngung erfahren. Vermutlich sind es nicht selten extreme bis radikale Forderungen, die bei jungen Menschen Interesse an politischer Betätigung wecken.

Ab welchem Alter man die politische Mündigkeit erlangen soll, ist Gegenstand einer staatspolitischen Diskussion, die in den vergangenen Jahren immer wieder aufgeflammt ist. Meines Erachtens ist hier aber Skepsis angebracht. Die nötige Sorgfalt und Verantwortung traut man den jungen Leuten in ihrem privaten bzw. privatrechtlichen Wirken erst ab dem Alter von achtzehn Jahren zu.

So erscheint die Forderung nach einem tieferen Mündigkeitsalter im ebenso anspruchsvollen politischen Bereich des Wahlrechts und von Abstimmungen, also der direkten Demokratie, wenig plausibel. Insbesondere auch in Anbetracht ihres noch bescheidenen Wissenstandes in Wirtschaftsfragen ist bei der Gewährung des Stimmrechts an unter achtzehn Jährige Zurückhaltung angesagt.

Warten auf das Stimm- und Wahlrecht bedeutet zudem nicht politische Abstinenz. Der Jugend bietet sich in der digitalisierten Welt eine immense Palette von Quellen an,

welche die politische Mündigkeit fördern. Das Stimmrecht allein ist weder Voraussetzung für den Einstieg in die Politik noch Garant für dessen versierte Handhabung.

Insgesamt bringt die Herabsetzung des Stimmrechtsalters meines Erachtens keine Aufwertung unserer Demokratie, sondern eher das Gegenteil.

Martin Berger, Davos GR

Wehret den Anfängen!
Bevor es zu spät ist...

Volksinitiative
«Ja zum Verhüllungsverbot»
www.verhuellungsverbot.ch

JA

Rahmenabkommen Schweiz-EU:

Das Fallbeil hängt

Betrachten wir die EU als einen mit Problemen überladenen Frachter in Seenot. Auf der Kommandobrücke der EU-Kommission eine redselige Kapitänin, die zuvor als Verteidigungsministerin ihre Bundeswehr zur Lachnummer verkommen liess. Auf die Brücke gehievt hatte sie trickreich die Erste «Wir-schaffen-das»-Offizierin. Die Dame mit der Raute bestimmt jetzt den Zickzack-Kurs.

Zum Zustand der EU

Im Osten sind die Visegrad-Staaten seit langem eingeklemmt zwischen Russland und dem Westen. Sie wollen sich nicht schon wieder herumkommandieren lassen. Im Süden eine Handvoll Mitglieder, die dauernd hart am wirtschaftlichen Bankrott vorbeischnappen. Sie wissen: In Brüssel gibt's was zu holen. Die EU insgesamt ist ein Musterbeispiel für erschütternde Macht- und Ratlosigkeit. Die Türkei hält fast vier Millionen Emigranten und Flüchtlinge von der Invasion in die EU ab und kassiert dafür Milliarden. Erdogan weiss, wie man befreundete Staaten in den Schwitzkasten nimmt.

La Grande Nation, die Nummer zwei in der EU, hat sich noch nie gerne dreinreden lassen – als Atommacht am wenigsten in Fragen der Verteidigung. Für Grossbritannien hingegen war die zentralistische Arroganz

Brüssels nicht mehr auszuhalten. Johnson hat Goodbye gesagt und dann hart und erfolgreich verhandelt.

Krisenmanagement, Aussengrenzen, Einheitswährung

Andauernd wird in Brüssel von Solidarität geschwafelt. Wenn's dann brenzlig wird, schaut jeder zuerst für sich, siehe «Corona». Die Staaten im Süden und Osten sollen die Aussengrenzen gefälligst schützen. Nehmen sie diesen Auftrag jedoch ernst, fällt ihnen Brüssel in den Rücken. Die Europäische Zentralbank (EZB), lebt nach dem Motto: Probleme werden mit Geld erstickt.

Die Schweiz und das Rahmenabkommen

Zum Leidwesen der Technokraten in Brüssel gedeihen diese bockenden, unbelehrbaren Eidgenossen – gemäss Herrenreiter und Ex-Kommissionspräsident Juncker ein «geostrategisches Unding» – immer noch mittendrin.

Fazit für die kommende Rahmen-Abstimmung: Eine Schweiz, die im wirtschaftlichen Schlepptau des havarierten Dampfers auf Augenhöhe neu verhandelt, macht Sinn. Aber untertänig an Deck klettern, dabei die politische Souveränität über Bord werfen, um sich unter das Fallbeil des Europäischen Gerichtshofs zu legen? Nein danke!

Werner Bangerter, Vinelz BE

Vollverschleierung, die Visitenkarte der Scharia

Körperlanges Einschliessen in ein Frauengefängnis sei islamisches Recht und islamische Pflicht, sagen die Gegner des Verhüllungsverbots. Der Tourismus aus arabischen Ländern sei gefährdet, behaupten andere.

Was sagt der Koran dazu? Nichts! Man findet bloss drei Koranverse, welche die Körperbedeckung erwähnen. Die Suren 7:26, 24:31 und 33:59 besagen: «O Prophet! Sag deinen Ehefrauen und deinen Töchtern (...) sie sollen etwas von ihrem Überwurf über sich herunterziehen. Das ist eher geeignet, dass sie erkannt werden und nicht belästigt werden.» Dabei geht es gemäss Auslegung des Korans um ein klares Unterscheidungsmerkmal zwischen freien Frauen und Sklavinnen: Sklavinnen sollen kein Kopftuch tragen. Die Vollverschleierung ist somit ein Mythos und die Visitenkarte der Scharia. Eine schmachvolle Entwürdigung der Frau.

Einige Frauenrechtlerinnen argumentieren, dass das verbreitete negative Bild über die Unterdrückung der muslimischen Frauen nichts mit dem Islam zu tun habe. Aber dass Muslimas ihrem Mann bedingungslos gehorchen, ist im Islam eine Voraussetzung für den Zutritt zum Paradies. «Ermahnt diejenigen [Frauen], von denen ihr Widerspruch befürchtet, und entfernt euch von ihnen in den Schlafgemächern und schlägt sie. Wenn sie euch dann gehorchen, wendet nichts

Weiteres gegen sie an. Die Männer stehen über den Frauen, weil Allah die Männer bevorzugt hat und wegen den Ausgaben für die Frauen, die sie von ihrem Vermögen gemacht haben» (Koran 4:34).

Zeigen wir uns gegenüber den geknechteten Frauen loyal – jenen Frauen, die in schwarzen Säcken in der Gluthitze des Sommers unterwürfig hinter ihren Macho-Männern hinterher schlurfen müssen. Stimmen Sie Ja zum Verhüllungsverbot!

Peter Rohner, Dussnang TG



ZANETTI
 CH-7742 POSCHIAVO
 Telefon 081 844 09 08
 Telefax 081 844 10 20
 Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
 (nur 1 Minute vom
 Billettschalter entfernt)
 Telefon 081 253 60 60

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 10)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Am 27. November 1999 erscheint in der «Basler Zeitung» das folgende Interview zur Bundesratskandidatur des damaligen SVP-Nationalrates und Auns-Präsidenten Christoph Blocher. Die Fragen stellte Niklaus Ramseyer, damals und heute immer noch ein Journalist erster Güte.

Herr Blocher, wann haben Sie sich zur Kandidatur für den Bundesrat entschlossen, gleich nach den Wahlen?

Blocher: Nein, erst heute.

Hat denn die SVP-Fraktion Sie überreden müssen?

Die Fraktion sagte, du musst gehen, du musst antreten. Und ich habe das eingesehen und gesagt, gut, ich mache es.

Was geschieht mit Ihrer Firma, der EMS-Chemie, wenn Sie gewählt werden?

Da werde ich schon eine Lösung finden. Darüber rede ich jetzt nicht.

Und was passiert mit der Auns?

Auch da werde ich eine Lösung finden. Die Auns hat ja viele Mitglieder.

Sie treten gegen Bundespräsidentin Dreifuss an...

... nicht gegen Frau Dreifuss, sondern gegen die Sozialisten. Das sind unsere politischen Gegner.

Aber Ihre Kandidatur richtet sich zuerst gegen Dreifuss. Ist das nicht heikel wegen der Romandie?

Das muss das Parlament entscheiden. Es kann ja Frau Dreifuss wählen und mich dann anstelle von Herrn Leuenberger.

Was würden Sie mit der AHV tun, wenn Sie Bundesrat würden? Das Rentenalter erhöhen?

Ich bin für 65 bei Mann und Frau. Und würde eine Lösung suchen, ohne dass in den nächsten zehn Jahren die Mehrwertsteuer erhöht werden müsste.

Und bei der Krankenversicherung?

Ich würde mich dafür einsetzen, dass die Prämien zurückgehen – durch Verkleinerung des Leistungskatalogs.

Was würden Sie EU-politisch ändern wollen?

Ich bin klar gegen das strategische Ziel eines EU-Beitritts, das der Bundesrat immer noch verfolgt. Und ich würde mich generell für die Unabhängigkeit des Landes einsetzen.

Auch gegen Ihren Parteikollegen Adolf Ogi, wenn er bewaffnete Truppen ins Ausland schicken will?

Selbstverständlich. Ich wäre ja gewählt, um im Bundesrat meine Auffassung zu vertreten.

Wie schätzen Sie Ihre Chancen ein?

Gering.

*

Christoph Blocher wird bekanntlich dann vier Jahre später (2003) in einer historischen Wahl tatsächlich Bundesrat – erstens, weil seine Kompetenz unbestreitbar ist, zweitens weil sich der gewaltige Wahlerfolg der SVP endlich auch in der Landesregierung abbilden muss, und drittens, weil seine politischen Gegner hoffen, ihn damit ins Kollegium einbinden und quasi im «Gefängnis Bundesrat» einschliessen zu können. Dass er dort «statt zum Gefangenen rasch zum Gefängnisdirektor» avanciert (Ausspruch von Pascal Couchepin), haben sie nicht vorausgesehen.

Fast gleichzeitig, im November 1999, wird Blochers enger politischer Weggefährte **Walter Frey** einstimmig zum neuen SVP-Fraktionspräsidenten gewählt. Frey wird die Fraktion bis Ende 2001 vorbildlich führen und dann zumal aus geschäftlichen Gründen («Der Kapitän gehört in anspruchsvollen Situationen auf die Kommandobrücke») von seinen politischen Ämtern zurücktreten. Während 17 Jahren hat er u.a. die Zürcher Stadtpartei zum Erfolg geführt, und während 14 Jahren war er als kompetenter und eloquenter Nationalrat und Verhandlungspartner weit über die Parteigrenzen hinaus geschätzt.



Walter Frey

*

Ende 1999 ist der **Bergier-Flüchtlingbericht** über das Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in aller Munde. Die Verantwortlichen jener schwierigen Zeit und die Schweiz insgesamt werden unseres Erachtens zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Auns verurteilt

den Bergier-Bericht mit den folgenden Worten als parteiisch und selbstgerecht:

Linke Historiker und Experten aus dem In- und Ausland massen sich an, aus heutiger Sicht über die damalige Schweiz und die verantwortlichen Behörden zu Gericht zu sitzen. Obwohl die seit dem Ludwig-Bericht (1957) bekannten Fakten keine Korrekturen erfahren, nehmen die Verfasser des Berichts unhaltbare Schuldzuweisungen an die damalige Staatsführung vor. Sie kritisieren, dass die schweizerischen Entscheidungsträger der Wahrung der Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Stabilität unseres Landes erste Priorität eingeräumt haben.

Der Bericht verkennt, dass die damaligen Behörden und das ganze Schweizervolk unter schwierigsten Umständen eine hervorragende Gesamtleistung erbracht haben. Sie haben unser Land und seine Bevölkerung – darunter rund 300'000 Internierte und Flüchtlinge – vor den Schrecken des Krieges und der Besetzung, vor Tod, Hunger und Elend bewahrt. Vorübergehend mag die Flüchtlingspolitik aus heutiger Sicht etwas zu hart gewesen zu sein. Der Bericht unterschlägt jedoch, dass die Schweiz damals mehr jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat als jedes andere Land.

Die Auns fordert den Bundesrat eindringlich auf, sich vom parteiischen und selbstgerechten Bergier-Bericht zu distanzieren und auf erneute Entschuldigungen zu verzichten.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 70.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonement@schweizerzeit.ch

«Es sagte» ... Wettbewerb

Wesam A., von Geburt her Iraker, im Aargau wohnhaft, himmelte die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) an.

2016 wurde er wegen Unterstützung dieser kriminellen Organisation zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Der hängige Asylantrag wurde annulliert. Ein Versuch, in die Türkei auszureisen, misslang. Die Türkei verweigerte ihm die Einreise. Also kehrte er in die Schweiz zurück und erneuerte seinen Asylantrag. Gegen den ablehnenden Entscheid erhob Wesam A. Beschwerde. Und das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen hat kürzlich definitiv entschieden: Der verurteilte IS-Unterstützer bekommt in der Schweiz Asyl. Der Entscheid veranlasste Politiker zu teils gepfefferten Kommentaren. Dazu unsere Wettbewerbsfrage:

Welcher Aargauer Politiker, welche Aargauer Politikerin, hat den St. Galler Entscheid, dem IS-Unterstützer Asyl zu gewähren, wie folgt kommentiert?

<<ICH BIN STOLZ DARAUF, DASS WIR EIN RECHTSSTAAT SIND. ... ZUDEM GIBT ES NOCH VIELE ANDERE MENSCHEN IM LAND, DIE VIELLEICHT GEFÄHRLICH SIND.>> UND WEITER: IN DER SCHWEIZ EREIGNETEN SICH IMMER WIEDER TÖTUNGSDELIKTE. BESONDERS FRAUEN WÜRDEN IMMER WIEDER OPFER HÄUSLICHER GEWALT.

Diese Aussage stammt von:

- A Cédric Wermuth, Nationalrat SP
- B Andreas Glarner, Nationalrat SVP
- C Irène Kälin, Nationalrätin Grüne
- D Beat Flach, Nationalrat Grünliberale

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 10. März 2021**, an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlier als Gastgeber.

Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 6 vom 19. März 2021.

Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehllalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Inzwischen wurde gar seine Website zum Verschwenden gebracht. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70



Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

Thilo Sarrazin

Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Migranten, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.40



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch muss für die Schweiz Wegweiser sein in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Kappeler zeigt eindrücklich, wie der von den Machteliten erzwungene Zentralismus, gipfelnd in der laufend auswuchernden EU-Bürokratie, Europa in den Abgrund treibt. Kappeler beschreibt überzeugend, wie der Zentralismus – also die unternehmerische Initiative behindernde Gleichschaltung – die Wirtschaft Europas in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost. Ein aufrüttelndes Plädoyer gegen Bürokratismus.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 30.60



Wer hat Angst vor Tell?

Unzeitgemässes zur Demokratie

Oliver Zimmer

Der Schweizer Historiker Oliver Zimmer bekleidet eine Professur in Oxford. Nicht aus Zufall – sondern weil er dort wirken kann, ohne dem linken Zeitgeist Tribut zahlen zu müssen.

Er legt ein interessantes, bereicherndes Buch zur Auseinandersetzung mit dem offensichtlichen Linksdrall in hiesigen Historiker-Fachschaften vor, der mit Max Frischs «Wilhelm Tell für die Schule» seinen Anfang nahm. Besonders interessant in diesem neuen Buch sind Zimmers Überlegungen zum EU-Gerichtshof.

Echtzeit, Basel 2020, 181 S., brosch., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 26.10

AKTUELL



Durch Corona in die neue Weltordnung

Peter Orzechowski

Es ist keineswegs jeder ein Weltverschwörer, der wie Peter Orzechowski feststellt, dass in der Krise mit umfassenden Kompetenzen ausgerüstete Funktionäre soviel Freude am Regieren und Befehlen gefunden haben, dass sie ihre Herrschaftsgewalt nicht mehr zurückgeben wollen. Daraus erwächst der freiheitlichen Demokratie ernste Bedrohung. Nicht Zufälle regieren. Die Sondervollmachten geben vielmehr Kräften Auftrieb, die via Wirtschafts-Stillegung eine grundlegende Veränderung der politischen Ordnung anstreben.

Kopp Rottenburg 2021, 221 S., geb., (Richtpreis Fr. 28.90),
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 26.–

Die Kommissare.

Vom Aufstieg und Fall der Brüsseler Karrieren.



Albrecht Rothacher

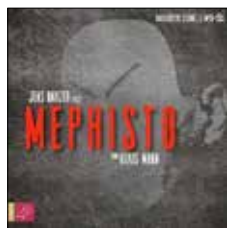
Der Autor ist keineswegs darauf ausgerichtet, den seit 1958 von Deutschland und Österreich delegierten Brüsseler EU-Kommissaren schlechte Noten für ihr Wirken zu erteilen. Er anerkennt erbrachte Leistung und gewonnene Verdienste durchaus. Er stellt aber auch fest, dass das jeglicher demokratischen Wahl entzogene Ernennungsverfahren zwar Karrieren befördert, aber nicht unbedingt Spitzenleistung und Spitzenverdienste Tatsache werden lässt. Wo die demokratische Wahl fehlt, wo bloss Obrigkeiten Ernennungen vornehmen, entfaltet sich kaum Spitzenqualität.

Nomos, Baden-Baden 2012, 254 S., brosch., (Richtpreis Fr. 57.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 52.10

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Mephisto

Klaus Mann

Im Mittelpunkt dieses lange Zeit geächteten Werks steht ein beliebter, umschwärmter, durchaus begabter Schauspieler. Er ist nicht einfach links. Aber er passt sich linker Modeströmung an. Und lässt sich bewundern.

Dann setzen sich in Deutschland autoritäre Kräfte durch. Wenig später gelangen die Nationalsozialisten an die Macht. Da sind linke Ansichten flugs zu verdrängen, da ist Anpassungsfähigkeit gefragt. Der Schauspieler gewinnt die Freundschaft und Protektion eines hochrangigen Regime-Mitglieds (der Hörer erkennt sofort, um wen es sich handelt). So bleibt ihm mediale, vom Regime geförderte Bewunderung erhalten. Auch wenn der Schauspieler erkennen muss, dass er eigentlich einen Teufelspakt eingegangen ist, der den Verfall aller humanen Werte, die er zuvor propagiert hat, erzwingt.

Klaus Mann verfasste Mephisto 1936 im Exil. In der Bundesrepublik wurde sein Roman zunächst verboten, 1981 aber zugelassen. Wer in der Technik charakterloser Anpassung an jede gerade dominierende Gewalt eine Bedrohung sieht, wird von diesem Werk beeindruckt sein.

tacheles!/ROOF Music, Berlin 2019, 2 MP3-CDs, Hördauer 823 Min.,

(Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 26.–

Hörbücher: Gute Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Die traut sich was!

Geschichten aus dem Leben einer Fernsehjournalistin

Katrin Huss

Seit 1992 entwickelte sich Katrin Huss zu einem Fernsehliebling zunächst in der DDR, dann in Deutschland. Sie moderierte vielbeachtete Nachmittags-Sendungen und interviewte rund zweitausend Gäste aus sämtlichen Lebensbereichen.

2016 führte sie ein Interview mit einem profilierten Kritiker von Angela Merkels Flüchtlingspolitik («Wir schaffen das»). Die Zuschauer waren vom Interview beeindruckt, ja begeistert. Aber vom Sender musste Katrin Huss einen Sturm der Entrüstung über sich ergehen lassen. Sie hätte dem Merkel-Kritiker ungenügend widersprochen – viel zu viel Freiheit eingeräumt. Mit ihrem Verständnis für die scharfe Kritik an Merkels Politik sei sie in «Nazi-Nähe» abgerutscht.

In ihrem Buch beschreibt Katrin Huss die Demütigungen, Beleidigungen und Schikanen, denen sie von den Fernsehmachern ausgesetzt worden ist. Ihr Buch wird damit zum prägenden Zeugnis des Versuchs, freien Journalismus der Regierungsautorität zu unterwerfen.

us

Katrin Huss: «Die traut sich was! – Geschichten aus dem Leben einer Fernsehjournalistin». Kopp, Rottenburg 2020, 284 S., geb.,

(Richtpreis Fr. 28.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- | | | |
|--------------------------|------------------------------------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm | à Fr. 19.70 |
| <input type="checkbox"/> | Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen | à Fr. 31.40 |
| <input type="checkbox"/> | Beat Kappeler – Der Superstaat | à Fr. 30.60 |
| <input type="checkbox"/> | Oliver Zimmer – Wer hat Angst vor Tell? | à Fr. 26.10 |

Hörbuch

- | | | |
|--------------------------|-----------------------|------------|
| <input type="checkbox"/> | Klaus Mann – Mephisto | à Fr. 26.– |
|--------------------------|-----------------------|------------|

Buchzeichen

- | | | |
|--------------------------|-----------------------------------|------------|
| <input type="checkbox"/> | Katrin Huss – Die traut sich was! | à Fr. 26.– |
|--------------------------|-----------------------------------|------------|

Aktuell

- | | | |
|--------------------------|---------------------------------------------|-------------|
| <input type="checkbox"/> | Peter Orzechowski – Durch Corona in die ... | à Fr. 26.– |
| <input type="checkbox"/> | Albrecht Rothacher – Die Kommissare | à Fr. 52.10 |

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(05/05.03.2021)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 5. März 2021

Landmann-Talk

Marco Cortesi – die Stimme der Polizei
im Gespräch mit Valentin Landmann

Freitag, 12. März 2021

Stammtisch

Daniel Stricker und stricker.tv - Frisch, Frech, Frei, Fuckers
im Gespräch mit Hermann Lei

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.



Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

19. März 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit,
Joël Thüring, Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Ein Land zerfällt

Seitdem die Ideologie des sich gegen alle gewachsenen Werte richtenden Kulturmarxismus' mehr oder weniger ungefilterten Zugang in die Machtstuben von Bildung, Medien und Politik gefunden hat, verstärken sich die Auswirkungen dieser destruktiven Agenda auf unsere Gesellschaft Tag für Tag. Jahrzehntelanges Lobbying hat bewirkt, dass dem Aussprechen biologischer und ethischer Wahrheiten wie «die Menschheit besteht aus zwei Geschlechtern – Kinder brauchen Vater und Mutter» mittlerweile bereits etwas Anrühiges anhaftet.

Gegenwartsvergleiche mit dem Niedergang des späten Rom lassen sich nicht von der Hand weisen. Wenn Wertschöpfung und Traditionsbewusstsein nicht mehr «en vogue» sind, sehen lautstarke Minderheiten ihre Chance gekommen, um ihre Sonderinteressen durchzusetzen und die Mehrheitsgesellschaft nach ihrem Gusto vor sich her zu treiben.

Besonders penetrant und offensiv vollstreckt die «LGBTIQ+»-Bewegung (Abkürzung für Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und «Queer»-Sexuelle) ihr Werk. Ihre Lobby dominiert die Meinungsbildung längst auch in unseren Breitengraden. Sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik wagt niemand mehr zu widersprechen, wer «höhere Weihen» anstrebt.

Wer ihre Forderungen (vereinfachte urkundliche Änderung des Geschlechts, Eingliederung sexueller Minderheiten in den Rassismus-Paragraphen etc.) zurückweist, wird unter Druck gesetzt oder als «homophob» diskreditiert. Fairerweise muss man sagen, dass sich längst nicht alle Homosexuellen mit dieser Bewegung identifizieren.

Der Fokus der LGBT-Szene gilt gegenwärtig der Einführung der «Ehe für alle» mit samt Samenspende-Zugang für lesbische Paare. Das Parlament hat man längst im Sack – und auf allen Kanälen bereiten die Mainstream-Medien mit Storys über «Regenbogen-Familien» und dergleichen das Terrain für dieses historische Gesellschaftsexperiment. Nur ein überparteiliches Komitee leistet noch Widerstand – bitte unterstützen auch Sie das Referendum: www.ehefueralle-nein.ch.

Laut einer repräsentativen Erhebung des renommierten Gallup-Instituts gibt in den USA jeder sechste Erwachsene zwischen 18 und 23 Jahren an, «LGBTIQ» zu sein. Die Propaganda verfehlt ihre Wirkung nicht: Offensichtlich gehört es unter Jungen schon zum guten Ton, nicht heterosexuell zu sein. Da bleibe ich lieber ein Hinterwäldler als ein sich selbst verleugnender Anpasser.

Anian Liebrand

Schluss
Punkt 